

# 1. Einleitung – Erkenntnisinteresse

Ereignisse wie der 11. September 2001, der Irakkrieg 2003 oder aktuell die Libyenkrise, zeigen deutlich, welchen hohen Stellenwert Medien, insbesondere der Rundfunk (Radio und Fernsehen) und die Presse in Ausnahmesituationen haben. Aber auch in Normalphasen gesellschaftlicher Entwicklung sind Medien unabdingbar für die Selbstwahrnehmung und –steuerung moderner Gesellschaften. Seit einigen Jahren ist auch das neue Medium Internet zu einem Massenmedium geworden. Öffentliche Kommunikation, das heisst Kommunikation, von der prinzipiell niemand ausgeschlossen ist, ist daher spezielle Beachtung zu schenken. Eine spezifische Form dieser Kommunikation stellen die Massenmedien dar, denen in der Sozialforschung besondere Bedeutung zukommt. Nicht selten wird im Zusammenhang mit der Moderne und der durch Entkoppelung an Einfluss gewinnenden massenmedialen Kommunikation von einer „Mediengesellschaft“ gesprochen (Kamber 2004: S. 79).

In den letzten 30 Jahren wurden in vielen europäischen Ländern zum Teil grosse Anstrengungen unternommen, die unter staatlichem Einfluss stehenden, netzbasierten Wirtschaftssektoren zu liberalisieren. Gewisse Wirtschaftszweige, wie die Telekommunikation, die Energieversorgung oder der öffentliche Verkehr sind von derartiger öffentlicher Bedeutung, dass sie, als öffentliche Güter der Trittbrettfahrerproblematik ausgesetzt, vom Staat angeboten werden müssen, damit sie überhaupt in genügendem Masse und genügender Qualität produziert werden. Wie die Diskussionen rund um den Public Service zeigen, sind die Sektoren von grossem öffentlichen Interesse und die Liberalisierungsbestrebungen umstritten.

Die Informationstechnologie hat sich seit dem 19. Jahrhundert als eine der dynamischsten Technologien in der Geschichte der Menschheit erwiesen. Kaum eine andere Technologie vermochte es, die intragesellschaftlichen und internationalen Lebensverhältnisse so zu prägen wie die Informations- und Kommunikationstechnologie. Mit der sich rasch entwickelnden Rundfunktechnik, entstanden politische Konflikte um die Wahrung der souveränen Kontrolle der grenzüberschreitenden Informationsströme einerseits und die Sicherung des freien Informationsflusses andererseits, die bis heute nicht wirklich gelöst sind (Tietje 2009: S. 15). Ob und wie der Rundfunk staatlich gesteuert bzw. reguliert werden sollte, wird schon seit Entstehen dieses Mediums selbst hinterfragt und rege diskutiert. Aus strategischen, militärischen oder wirtschaftlichen Gründen versuchten die staatlichen Behörden, mit neuen Techniken wie der Funkkommunikation ihre Interessen und Ziele durchzusetzen. Mit der Inanspruchnahme der Oberaufsicht

über die Radiokommunikation setzte sich eine beinahe weltweite staatliche Funkhoheit durch. Sobald aber technische, ökonomische, politische oder soziale Veränderungen die bisherigen Grenzen der Kommunikation überwunden hatten, wurde die Regulierung des Rundfunks neu beleuchtet und hinterfragt (Donges 2000: S. 1).

Mit Hilfe modernster Kommunikationstechnologien werden internationale Finanzmärkte gesteuert und Transaktionen abgewickelt, die sich so mehr und mehr der staatlichen Einflussnahme entziehen. Ebenso gilt dies für sonstige kommerzielle Aktivitäten im Internet, dem so genannten electronic-commerce (elektronischer Geschäftsverkehr), kurz e-commerce. Aber auch ausserhalb der kommerziellen Tätigkeiten führt die Entwicklung der Kommunikationstechnologien zu weitreichenden Globalisierungstendenzen. Gemäss Tietje können effektive staatliche Regelungen, aufgrund des „inhärent grenzüberschreitenden Charakters menschlicher Interaktion“, im internationalen Informationssystem nur mittels internationaler Kooperation realisiert werden. Im Bereich des heute dominierenden Internets deutet alles darauf hin, dass sich Grenzen einer völlig freien Nutzung der modernen Informationstechnologien wie dem Internet daraus ergeben, dass eine wirkungsvolle grenzüberschreitende Nutzung ein hohes Mass an internationaler Kooperation voraussetzt, die von der erforderlichen technischen Standardisierung bis zu notwendigen wirtschaftlichen Vorschriften und Regelungen zum Schutz von Daten und Datenbanken, der Urheberrechte sowie verwandter Schutzrechte bis zur Frage des Schutzes vor pornographischer oder krimineller Inhalte im Internet reicht (Tietje 2009: S. 16f.). Da sich die Regulierung des Internets auf nationaler wie internationaler Ebene erst in den Anfängen befindet und zudem sehr schwierig zu bestimmen ist, wird das Internet in dieser Arbeit nur am Rande beobachtet.

Die Frage nach dem richtigen Mass staatlicher Regulierung der traditionellen Massenmedien wäre äusserst interessant, aber ebenso schwierig zu beantworten, zumal die Meinungen darüber sehr differieren. In dieser Lizentiatsarbeit sollen deshalb zunächst das Rundfunkwesen (Fernsehen und Radio), insbesondere das Fernsehen und die Presse (Tageszeitungen) sowie deren Regulierung in den untersuchten Ländern Deutschland, Grossbritannien, Frankreich, Italien und der Schweiz analysiert werden. Wer sind die Akteure, die regulieren und mit welchen Instrumenten wird reguliert? Unterscheidet sich das Fernsehen in seiner Entwicklung (Dualisierung), den rechtlichen Grundlagen, den Akteuren oder Instrumenten der Regulierung in den verschiedenen Staaten? Und wenn ja welche Konsequenzen ergeben sich aus diesen Unterschieden?

Das zweite Kapitel dient der theoretischen Einbettung der Fragestellungen, und fokussiert insbesondere die Funktion der Massenmedien und die Beziehungen zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Teilsystemen Medien, Politik und Wirtschaft. Im dritten Kapitel folgt die Darlegung der Methodik und der Operationalisierung. Mit dem Modell beziehungsweise der Theorie wird im vierten Kapitel anhand einzelner Merkmale wie der Freiheit der Medien, Offenheit des Mediensystems oder der Marginalisierung des Public-Service-Bereichs und darauf gründende Hypothesen die Rundfunkregulierung unter Staaten Westeuropas verglichen und untersucht. Das fünfte und sechste Kapitel behandeln in einer Ländersynthese, die in dieser Arbeit relevanten Staaten Deutschland, Frankreich, Grossbritannien, Italien und die Schweiz in Bezug auf ihre Presse- beziehungsweise Rundfunklandschaft. Im Vordergrund stehen die medialen Grundrechte sowie die Regulierung der jeweiligen Sektoren. Für den Rundfunkbereich wird versucht, determinierende Faktoren sowie die Akteurs-, Mittel- bzw. Instrumenten-, und Objektstruktur herauszuarbeiten. Das siebte Kapitel fasst die empirischen Resultate zusammen und zum Schluss folgt eine kurze Zusammenfassung und Diskussion.